

Soziale und schulische Segregation in Frankreich: Strategien der sozialen Mischung in einer Gemeinde in der Ile-de-France

Summary

According to the concept of area effects in deprived neighbourhoods this paper explores the consequences of the high degree of social segregation within French municipalities and their impact on education policies. Based on the vast differences between school results in and outside of deprived neighbourhoods, the French area based policies, the so called *politique de la ville*, has as its main objective to reduce school segregation through mixing strategies for schools. The effects of these mixing strategies are analysed within a case study at the level of a municipality in the region of Ile-de-France. On the basis of a qualitative research approach, the consequences – resulting from the social and educational segregation – for the education policies are shown.

1 Einleitung

Die scharfe sozialräumliche Spaltung der französischen Städte und die daraus resultierenden politischen Herausforderungen prägen seit den 1980er-Jahren den Diskurs über die französische Gesellschaft. Die Großwohnsiedlungen der *banlieue* bilden den räumlichen Ausgangspunkt der sozialwissenschaftlichen Debatte um Exklusion und sind Gegenstand komplexer stadtpolitischer Interventionen. Stabilisierungs- und Desegregationsstrategien für benachteiligte Stadtviertel werden in Frankreich unter dem Namen der *politique de la ville* (dt. Stadtpolitik) zusammengefasst. Diese bildet ein eigenständiges Politikfeld mit enormer innenpolitischer Bedeutung, was nicht zuletzt auch mit dem hohen quantitativen Stellenwert der benachteiligten Quartiere zusammenhängt: Etwa 12 Prozent der französischen Bevölkerung lebte im Jahr 2011 in einem der Interventionsgebiete der *politique de la ville* (DARRIAU et al. 2014).

Die *zones urbaines sensibles* (ZUS), die so genannten „sensiblen städtischen Zonen“ sind durch eine Konzentration sozialer und städtebaulicher Probleme geprägt. Die Arbeitslosenrate lag hier im Jahr 2013 im Durchschnitt mehr als 2,5-mal so hoch wie in der Gesamtagglomeration (23,2 Prozent vs. 9,3 Prozent), das durchschnittliche jährliche Haushaltseinkommen lag bei nur etwa 54 Prozent des entsprechenden Einkommens außerhalb der Quartiere und der durchschnittliche Bevölkerungsanteil ohne Schulabschluss ist in den Gebieten der *politique de la ville* mehr als doppelt so hoch wie in der Gesamtagglomeration (ONZUS 2014). Daten zum Bildungserfolg – gemessen an Leistungsniveau, Anteil der Schulabbrecher und Erfolg beim Übergang von der Schule in die berufliche Ausbildung – weisen in der Regel massive Unterschiede zwischen den schulischen Einrichtungen der ZUS und jenen der umgebenden Agglomeration auf.

Es zeigt sich deutlich, dass das hohe Ausmaß der sozialen Segregation der Großwohnsiedlungen in der französischen *banlieue* mit einer starken schulischen Segregation einhergeht. Vor dem Hintergrund des unterschiedlichen Bildungserfolgs in und außerhalb benachteiligter Quartiere nehmen schulische Desegregationsstrategien einen sehr hohen Stellenwert in der französischen *politique de la ville* ein.

Der vorliegende Beitrag geht am Fallbeispiel einer Gemeinde aus der französischen Region Ile-de-France der Frage nach, welche Strategien zur Erhöhung der sozialen Mischung an Schulen auf kommunaler Ebene verfolgt werden und welche Wirkung diese angesichts des hohen Ausmaßes sozialer Segregation überhaupt erzielen können. Im Rahmen einer qualitativen Fallstudie werden die Konsequenzen, die sich aus der sozialen und schulischen Segregation für die lokale Bildungspolitik ergeben, erörtert und der kommunale Handlungsspielraum bei der Förderung sozial gemischter Schülerstrukturen aufgezeigt. Bei

allen sozialräumlichen und auch bildungspolitischen Unterschieden bildet der Blick nach Frankreich auch einen Beitrag für die deutsche Debatte um die Stabilisierung so genannter Brennpunktschulen.

Bevor es um konkrete Strategien gegen Schulsegregation und deren Folgen für die Untersuchungsgemeinde gehen wird, werden der theoretische Bezugsrahmen und die Methodik der Fallstudie erläutert. Anschließend umreißt der Beitrag die Rahmenbedingungen französischer Bildungspolitik, um dann die Untersuchungsgemeinde anhand ihrer zentralen räumlichen und sozialen Merkmale vorzustellen. Im Anschluss daran sind die Konsequenzen der Lockerung der Schuleinzugsbereiche – der sogenannten *carte scolaire* – für die Gemeinde diskutiert und das Bauprojekt einer neuen Grundschule vorgestellt, das in der Gemeinde eine wichtige Rolle als schulische Desegregationsstrategie spielt. Im Rahmen eines Ausblicks werden abschließend die Ergebnisse der Fallstudie hinsichtlich ihrer Verallgemeinerungsfähigkeit diskutiert.

2 Theoretischer Bezugsrahmen und Methodik

Bildungspolitischen Interventionen, die das Ziel verfolgen, schulischer Segregation entgegenzuwirken, liegt die Überzeugung zu Grunde, dass der Bildungserfolg vor allem benachteiligter Schüler durch deren Konzentration in einer Schulklasse gemindert wird. Demgegenüber wird dem Lernen in sozial gemischten Klassenverbänden positive Wirkungen auf den Bildungserfolg zugesprochen. Neben Bildungseffekten, die aus Individualmerkmalen oder Merkmalen des Haushalts resultieren, werden hierbei also Effekte impliziert, die sich aus der sozialen Zusammensetzung der Klassen ergeben, welche im Primärschulbereich vorrangig Ergebnis der Wohnstandortverteilung der Haushalte ist. Im Rahmen des Konzepts der Quartierseffekte werden geringere Bildungserfolge in sozial benachteiligten Quartieren als negative Bildungseffekte beschrieben, die sich aus der sozialen Zusammensetzung des Quartiers und daraus resultierend aus der sozialen Zusammensetzung der Schulklassen ergeben. In diesem Sinne verdeutlicht das Konzept der Quartierseffekte die enge Verzahnung geographischer Quartiers- bzw. Segregationsforschung und bildungsgeographischer Fragestellungen (JAHNKE 2014).

2.1 Das Konzept der Quartierseffekte

Quartierseffekte können definiert werden als eigenständige Effekte des Quartiers, die, unabhängig von Merkmalen des Individuums oder des Haushalts, auf die Lebensqualität und die Perspektiven seiner Bewohner wirken (NIESZERY 2015). Vermutet werden sie insbesondere für den Bereich der Bildung (z. B. BRÄNNSTRÖM 2004, ISSEHNANE u. SARI 2010, SYKES u. KUYPER 2011; ANDERSSON u. MALMBERG 2013), aber auch für die Bereiche Beschäftigung, Einkommen und Gesundheit (z. B. ANDERSSON u. MUSTERD 2005; SARI u. CALAVREZO 2009; GALSTER et al. 2010). Durch ihren Fokus auf negative Folgen sozialer Segregation kann das Konzept der Quartierseffekte als wissenschaftliche Referenz und Legitimation für quartiersbezogene Strategien der Aufwertung und Desegregation betrachtet werden (ATKINSON u. KINTREA 2001).

Die europäische Forschungsdebatte um Quartierseffekte knüpft an den nordamerikanischen Forschungsstrang der *neighborhood effects* an, der mit einer Fülle von Studien ab dem Ende der 1980er-Jahre die Auswirkungen der Nachbarschaft auf das Leben ihrer Bewohner analysierte (WILSON 1987; JENCKS u. MAYER 1990; ELLEN u. TURNER 1997 u. KATZ et al. 2001; ROSENBAUM et al. 2002; LEVENTHAL u. BROOKS-GUNN 2003). Vor dem Hintergrund zunehmender sozialräumlicher Spaltungsprozesse europäischer Städte entwickelte sich seit dem Ende der 1990er-Jahre auch in der europäischen Stadtforschung ein starkes Interesse an

der Frage nach der Bedeutung negativer Quartiereffekte in sozial benachteiligten Quartieren (z. B. für Großbritannien BUCK 2001; BOLSTER et al. 2004; für die Niederlande MUSTERD et al. 2003; für Schweden BRÄNNSTRÖM 2004; ANDERSSON 2004; ANDERSSON u. MUSTERD 2005; für Frankreich GOUX u. MAURIN 2007; ISSEHNANE u. SARI 2010; und für Deutschland FRIEDRICHS u. BLASIUS 2000; FARWICK 2001; CALLIES 2003).

Theoretische Annahmen zur Entstehung von Quartiereffekten beschreiben meist drei Wirkungsebenen der Nachbarschaft: Zunächst die objektiven Ressourcen eines Quartiers, dann den Bereich sozialer Beziehungen und schließlich die Symbolik des Ortes. Unter den Bereich der objektiven Ressourcen des Quartiers fallen beispielsweise die Qualität des Wohnumfeldes, die soziale und kommerzielle Infrastrukturausstattung des Gebiets, seine Lage und Verkehrsanbindung sowie die Qualität der öffentlichen Einrichtungen, insbesondere der Schulen. Der Bereich sozialer Beziehungen umfasst zunächst das Ausmaß des sozialen Kapitals, das durch soziale Netzwerke im Gebiet bereitgestellt wird. Schnur beschreibt in Anlehnung an Coleman und Putnam zwei vornehmliche Wirkungsweisen des „lokalen Sozialkapitals“ (SCHNUR 2003): Erstens soziales Kapital als individueller Nutzen der Bewohner, wie es z. B. im Zugang zu Informationen vorliegt. Zweitens soziales Kapital als kollektiver Nutzen für das Quartier, worunter u.a. ein funktionierendes Normensystem verstanden wird. Zum Bereich sozialer Beziehungen zählen auch Sozialisierungseffekte, die insbesondere für Kinder und Jugendliche durch Interaktion oder soziales Lernen entstehen können und den Bildungserfolg beeinflussen (ELLEN u. TURNER 1997; HÄUBERMANN u. SIEBEL 2004). Die symbolische Dimension von Quartiereffekten umfasst Konsequenzen, die durch das schlechte Image eines Quartiers für den Einzelnen entstehen. Hierunter fallen insbesondere Diskriminierungen, wie sie z. B. bei dem Übergang auf eine weiterführende Schule oder bei der Arbeitssuche auftreten können.

Das Konzept der Quartiereffekte vermag durch sein komplexes konzeptionelles Instrumentarium, die Entstehung negativer Bildungseffekte, wie sie aus sozialer und schulischer Segregation hervorgehen können, auf theoretischer Ebene umfassend zu beschreiben und zu erklären. Dabei stehen hinsichtlich der empirischen Evidenz und Relevanz von Quartiereffekten recht unterschiedliche Einschätzungen nebeneinander. In der Mehrzahl der Studien können zwar Quartiereffekte auf die Bereiche Bildung, Beschäftigung und Einkommen empirisch belegt werden, diesen kommt gegenüber Merkmalen der Individual- und Haushaltsebene allerdings eine vergleichsweise geringere Bedeutung zu.

2.2 Methodisches Vorgehen

Die Ergebnisse der französischen Fallstudie, die die Grundlage des Beitrags bilden, stammen aus einer komparativ angelegten Studie zum Thema soziale Segregation, Quartiereffekte und Quartierspolitik (NIESZERY 2015). In vier städtischen Quartieren in Deutschland und Frankreich wurde der Frage nachgegangen, welche lokalen Zusammenhänge entscheidend für die Entstehung und Wirkungsweise von Quartiereffekten sind und welche Strategien gegen Quartiereffekte Anwendung finden.

Im Rahmen einer qualitativen Fallstudie wurden insgesamt 43 leitfadengestützten Experteninterviews im Zeitraum zwischen 2009 und 2011 geführt. Als Experten wurden Personen definiert, die beruflich mit den Quartieren zu tun haben und diese und seine Bewohner gut kennen. Dabei handelte es sich vor allem um Mitarbeiter lokaler Vereine, Experten aus dem Bereich Stadterneuerung, Verantwortliche in der Kommunalverwaltung sowie Lehrer und Mitarbeiter kommunaler Wohnungsbaugesellschaften. Die Methodik orientierte sich an den Merkmalen des problemzentrierten Leitfadenterviews (WITZEL 2000). Die Interviews, die im Durchschnitt eine Stunde umfassten, wurden aufgezeichnet und transkribiert. Für die hier präsentierte kommunale Fallstudie wurden zwölf

Experteninterviews in Hinblick auf die Wirkungen kommunaler Desegregationsstrategien ausgewertet.

3 Politische Rahmenbedingungen in Frankreich

Für das Verständnis der Bildungspolitik in Frankreich ist die sozialräumliche Struktur der französischen Ballungsgebiete von zentraler Bedeutung. Diese ist zum einen Ergebnis historischer Prozesse der staatlichen Wohnungspolitik, zum anderen durch Entwicklungen auf dem französischen Wohnungsmarkt beeinflusst. Darüber hinaus wird der Kontext französischer Bildungspolitik in starkem Maße von der jeweiligen Ausrichtung der Stadterneuerungspolitik in benachteiligten Quartieren bestimmt.

3.1 Der sozialräumliche Kontext

Die sozialräumliche Struktur französischer Städte und Ballungsgebiete lässt sich typischerweise als eine Zentrum-Peripherie-Struktur beschreiben, die durch eine starke Segregation von einerseits höheren Einkommensgruppen im Zentrum und andererseits einkommensschwachen Haushalten in den als *banlieue* bezeichneten Vororten geprägt werden. Der exzessive Großwohnsiedlungsbau an den Rändern der französischen Städte und die umfassende bauliche Aufwertung der Innenstädte schufen die räumlichen Voraussetzungen für diese stark segregierte Stadtstruktur.

Der französische Großwohnsiedlungsbau stellte ab dem Ende der 1950er-Jahre bis zur Mitte der 1970er-Jahre das zentrale Instrument der staatlichen Wohnungspolitik dar. Angesichts der Kriegszerstörungen und des hohen Anteils alter und beschädigter Wohnungen herrschte am Ende der 1950er-Jahre ein massiver Wohnungsmangel in französischen Städten (TELLIER 2007, 22). Diesem stand ein starker Bevölkerungsanstieg in den Städten gegenüber. Die Wohnungsmisere der beiden Nachkriegsjahrzehnte manifestierte sich in Form der mehr oder weniger spontan errichteten und oft als *bidonvilles* bezeichneten Barackensiedlungen, die an den Rändern nahezu aller größeren Städte innerhalb von kurzer Zeit entstanden. Das industrielle Bauen in wohnungspolitischen Sonderzonen an den Rändern der Städte versprach eine schnelle und fortschrittliche Lösung der Wohnungskrise. Ein staatliches Vorkaufsrecht ermöglichte den Erwerb und die Bebauung großer Flächen – auch ohne die Zustimmung der betroffenen Gemeinden.

Im Zeitraum von 1958 bis 1969 entstanden in Frankreich auf diese Weise insgesamt 195 Neubausiedlungen mit mehr als 2,2 Millionen Wohnungen, bei denen es sich überwiegend um Sozialwohnungen handelt (STÉBÉ 1999, 33). Die einzelnen Siedlungen umfassten 500 bis mehrere Tausend Wohnungen. Die Bauweise entsprach den *tours et barres*, d.h. Hochhäusern und Riegeln in typischer Plattenbauweise. Angesichts der zunehmenden Kritik an dieser Siedlungsform und der immer stärker sichtbar werdenden Mängel der Siedlungen wurde ihr Bau ab 1973 schrittweise eingestellt. Aus dem Großwohnsiedlungsbau resultieren zwei zentrale Charakteristika des sozialen Wohnungsbaus in Frankreich: Erstens führte die massive Bautätigkeit zu einem sehr hohen Anteil von sozialem Wohnungsbau in Großwohnsiedlungen, d.h. zu einer intrakommunalen Segregation, zweitens kam es zu einer starken Ungleichverteilung des sozialen Wohnungsbaus auf der Fläche der knapp 37.000 französischen Gemeinden, also zu einer interkommunalen Segregation.

Für die Analyse der Hintergründe der sozialen Segregation französischer Städte ist neben dem Großwohnsiedlungsbau auch die Entwicklung des Wohnungsmarktes bedeutend. Seit Mitte der 1990er-Jahre entwickelt sich der französische Immobilienmarkt sehr dynamisch. Die Verkaufspreise für Altbauwohnungen beispielsweise haben sich im Zeitraum von 1998 und 2008 verdoppelt (LACHARME 2009, 100). Diese Entwicklung führt zu einer Verknappung des

Mietwohnungsangebots und somit zu einem sehr angespannten Mietwohnungsmarkt in den meisten Agglomerationen Frankreichs. Allein im Zeitraum von 2002 bis 2007 erfuhr der Anteil der jährlichen Ausgaben der privaten Haushalte für das Gut Wohnen eine Steigerung um 23 Prozent, was besonders im privaten Mietsegment zum Ausdruck kommt (FONDATION ABBÉ PIERRE 2011, 2). Hier lag die Steigerung im selben Zeitraum bei 32 Prozent. In den meisten französischen Ballungsräumen werden die Großwohnsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus somit zu einem der wenigen bezahlbaren Wohnstandorte für einkommensschwache Haushalte.

Die Entwicklung der Großwohnsiedlungen führte dazu, dass die *banlieue* einer tief greifenden Repräsentationskrise unterliegt. Ihre Stigmatisierung als „gefährlich fremde Orte“ (GEBHARDT 2000) wird von funktionalen und ästhetischen Mängeln der Siedlungen genährt, von ihrer Isolation und von den als *émeutes* bezeichneten Jugendunruhen, die seit Beginn der 1980er-Jahre regelmäßig einzelne Siedlungen erschüttern. So laufen insbesondere die Jugendlichen der *banlieue* Gefahr, als die „gefährlichen Armen“, die *classe dangereuse* stigmatisiert zu werden. Diese Stigmatisierung hat Konsequenzen für die Bewohner der Großwohnsiedlungen, die sich beispielsweise in Diskriminierungen auf dem Wohn- und Arbeitsmarkt zeigen können. Sie hat aber auch Konsequenzen für andere städtische Räume und Nachbarschaften, die sich in verstärkten Abschottungstendenzen mittlerer und höherer Einkommensgruppen äußern, was z. B. beim Bau von Sozialwohnungen deutlich wird.

Vor diesem Hintergrund verortet der französische Soziologe und Bildungsforscher ERIC MAURIN die eigentlichen Ausgrenzungsprozesse nicht in der *banlieue*, sondern vielmehr im allgemeinen Trend zum Separatismus der französischen Gesellschaft (MAURIN 2004). Dieser ist nach Maurin entscheidend für die Zunahme sozialräumlicher Fragmentierungsprozesse. Er betrachtet den Wunsch nach Separation als starkes gesellschafts- und raumstrukturierendes Prinzip in Frankreich. Insbesondere in den ungleich verteilten schulischen Erfolgchancen in den einzelnen Stadtteilen erkennt er den Motor für die Abschottungstendenzen bildungsorientierter Bevölkerungsgruppen. In diesem Sinne lässt sich die Beziehung zwischen sozialer Segregation und schulischer Segregation als wechselseitig beschreiben: Die schulische Segregation in den „sensiblen städtischen Zonen“ Frankreichs ist zunächst Ergebnis sozialer Segregationsprozesse. Gleichzeitig führt sie aufgrund des verstärkten Rückzugs bildungsorientierter Haushalte zur weiteren Verschärfung sozialräumlicher Spaltungsprozesse.

3.2 Der stadtpolitische Kontext

Seit 1981 verfolgt die französische Regierung mit der *politique de la ville* das Ziel, die „Krise der Vorstädte“ (GIBLIN 2009, 330) zu bekämpfen. Die Politik für benachteiligte Stadtquartiere erfolgt auf der Grundlage der Festschreibung von Interventionsgebieten anhand statistischer Daten zur Sozialstruktur und baulicher Merkmale der Gebiete. Sie bildet als integrierter Ansatz die Schnittstelle der verschiedenen Sektoren der Sozial-, Wohnungs-, Wirtschafts- und Bildungspolitik. Inzwischen ist die *politique de la ville* als eigenständiges Politikfeld etabliert und stellt einen zentralen Bereich französischer Innenpolitik dar (zur deutschen Rezeption der *politique de la ville* vgl. WEBER et al. 2012).

Befördert durch die regelmäßig auftretenden Jugendunruhen in einzelnen Siedlungen und die damit verbundenen Diskussionen um Sicherheit und Integration hat der Bereich der *politique de la ville* einen sehr hohen politischen Stellenwert erlangt. Er eignet sich wie kaum ein zweiter dazu, politische Handlungsfähigkeit und Entschlossenheit zu demonstrieren. So hat es Tradition, dass die verschiedenen französischen Regierungen mit großen Gesten ihren Handlungswillen durch umfangreiche Maßnahmen und Reformen im Bereich der Stadtpolitik zum Ausdruck bringen, was zu deren Komplexität maßgeblich beigetragen hat. Für die übergeordnete Zielsetzung der *politique de la ville* spielt das Leitbild der *mixité sociale*, d.h.

der sozialen Mischung verschiedener sozialer Gruppen in städtischen Teilgebieten, die zentrale Rolle.

Die Politik der sozialen Mischung wird auf gesamtstädtischer Ebene verfolgt: Sie zielt zunächst darauf ab, benachteiligte Stadtviertel zu stabilisieren und für mittlere Einkommensgruppen attraktiv zu machen. Ergänzend dazu ist für privilegiere Gebiete seit einiger Zeit gesetzlich vorgeschrieben, sich einkommensschwächeren Gruppen durch den Bau von Sozialwohnungen zu öffnen. Hierfür gilt seit knapp zehn Jahren eine verbindliche Quote, die in städtischen Gemeinden einen Anteil des sozialen Wohnungsbaus in Höhe von mindestens 20 Prozent vorsieht.

Die hohe Bedeutung der *mixité sociale* für die politische Praxis in Frankreich resultiert nicht nur aus dem hohen Maß der sozialräumlichen Spaltung französischer Städte, sondern steht auch in engem Zusammenhang mit dem republikanischen Staats- und Gesellschaftsverständnis. Die damit einhergehende „ideologische Aufladung“ (AVENEL 2005, 63) des Prinzips der sozialen Mischung hat inzwischen dazu geführt, dass soziale Mischung in Frankreich zunehmend als ein eigenständiger Wert angesehen wird, dem bei der Legitimation politischen Handelns eine große Bedeutung zukommt.

Seit dem Jahr 2003 bildet das *Programme National pour la Rénovation Urbaine* (PNRU-Programm zur städtischen Erneuerung) das zentrale Instrument der französischen Regierung zur Stabilisierung der benachteiligten Quartiere an den Rändern der Städte. Kernstück des Programms sind der massive Abriss degradierter Sozialwohnungen und die städtebauliche Aufwertung der betroffenen Quartiere. Im Zeitraum zwischen 2004 bis 2013 sollten insgesamt 200.000 Wohnungen in den am stärksten degradierten und stigmatisierten Wohngebieten abgerissen werden. Da angesichts des angespannten Wohnungsmarktes kein Wohnraum verloren gehen soll, wurde als Ziel formuliert, an deren Stelle ebenso viele neue Wohnungen zu errichten. Dabei soll die Entwicklung einer sozial gemischten Bevölkerung unterstützt werden. Die Attraktivität für mittlere und höhere Einkommensschichten soll vor allem durch ein diversifiziertes Wohnangebot und eine damit einhergehende Entdichtung erzielt werden.

Das PNRU umfasst ein sehr hohes Investitionsvolumen: Für die Periode von 2004 bis 2013 wurden insgesamt 6 Milliarden Euro bereitgestellt (GIBLIN 2009, 79). Hinzu kamen etwa 34 Milliarden Euro, die durch Bereitstellung anderer staatlicher Gelder, private und öffentliche Wohnungsbauunternehmen sowie durch eine Kofinanzierung der EU aufgebracht werden (ebd.). Für die aktuelle Fortsetzung des Programms (*Nouveau Programme de Renouvellement Urbain*, NPNRU) stehen im Zeitraum von 2014 bis 2024 insgesamt rund 20 Milliarden Euro zugunsten öffentlicher Investitionen zur Verfügung (ANRU 2014, 1).

Der französische Stadtgeograph Hervé VIEILLARD-BARON betont, dass das PNRU in Verbindung mit der erzielten Qualitätsverbesserung im Wohnumfeld und im Bereich der Wohnungen meist intendiert, ein „soziales Gleichgewicht“ in den Gebieten herzustellen und unerwünschte Bevölkerungsgruppen, wie sozial schwache Haushalte und Migranten, weiter zu entfernen (VIEILLARD-BARON 2009, 198). LIENEMANN (2011, 31) kommt in ihrer umfangreichen Evaluation des Programms zu dem Schluss, dass das Ziel der *mixité sociale* oftmals an der Schwierigkeit scheitert, benachteiligte Gebiete für mittlere Einkommensgruppen interessant zu machen. Diese entscheiden sich tendenziell gegen die betroffenen Gebiete und bevorzugen trotz höherer Immobilienpreise andere suburbane Wohngegenden.

4 Die Gemeinde

Bei der Gemeinde, in der die Fallstudie durchgeführt wurde, handelt es sich um eine Kleinstadt mit rund 9.000 Einwohnern im Nordwesten der Region Ile-de-France im

Departement Yvelines. Es wird an dieser Stelle darauf verzichtet, den Namen der Gemeinde zu nennen. Die anonymisierte Darstellung von sozial benachteiligten Quartieren oder Gemeinden ist im Rahmen der französischen Quartiersforschung inzwischen weit verbreitet, vor allem um nicht weiter zum stark stigmatisierenden und problemorientierten Diskurs über die ZUS beizutragen, aber auch, weil Interviewpartner, wie beispielsweise Vertreter von Schulen, anderenfalls nur schwer zu gewinnen sind.

Die Entfernung der Gemeinde zum Pariser Stadtzentrum beträgt rund 30 Kilometer. Die Stadt ist von einer markanten städtebaulichen Zweiteilung in den Ortsteil „Oben“ und den Ortsteil „Unten“, gekennzeichnet. Das „Oben“, wie es in der Alltagssprache der Bewohner ausgedrückt wird, beschreibt den nördlichen Teil der Gemeinde mit dem alten Dorfkern, der überwiegend von Einfamilienhäusern geprägt ist und von mittleren bis gehobenen Einkommensgruppen bewohnt wird (vgl. Abb. 1).



Abbildung 1: „Oben“: Der ehemalige Dorfkern der Gemeinde.
Quelle: eigene Aufnahme.

Im Süden liegt das „Unten“, eine Großwohnsiedlung des sozialen Wohnungsbaus aus den 1970er-Jahren. Hier im Quartier wohnen ca. 70 Prozent der Bevölkerung der Gemeinde (vgl. Abb. 2).



Abbildung 2: „Unten“: Platz im östlichen Bereich des Quartiers.
Quelle: eigene Aufnahme.

Die Sozialstruktur des Quartiers wird insbesondere durch eine sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit geprägt: Verfügbare Daten liegen für das Jahr 2005 vor, hier lag die Jugendarbeitslosenquote bei über 50 Prozent (PRÉFECTURE DES YVELINES 2007, 10). Es gibt einen hohen Anteil von jungen Erwachsenen ohne Schulabschluss, der im gleichen Jahr bei 37,7 Prozent gegenüber 20 Prozent in der gesamten Agglomeration lag (ebd.). Charakteristisch sind eine vergleichsweise hohe Anzahl von Schulabbrechern und ein unterdurchschnittlicher Bildungserfolg an den lokalen Schulen: Hier liegen die Ergebnisse mehr als 40 Prozent unter dem nationalen Durchschnitt (ebd. 13). Nach Expertenaussagen ist eine starke Schulsegregation charakteristisch, die vor allem dadurch geprägt ist, dass besser gestellte Familien aus dem Dorf ihre Kinder in eine private Schule oder in Schulen der angrenzenden Nachbargemeinden schicken, die ein deutlich höheres soziales Profil aufweisen, und dass Schulen im Ort selbst tendenziell gemieden werden.

Aufgrund seiner Klassifizierung als *zone urbaine sensible* ist das Quartier ein Interventionsgebiet der französischen *politique de la ville* und wird seit 2005 als offizielles Programmgebiet des *Programme Nationale de Rénovation Urbaine* durch vorgesehene Investitionen im Umfang von insgesamt rund 100 Millionen Euro für den Umbau des Quartiers gefördert. Insbesondere die Qualität des Wohnumfelds und der Standard der Wohnungen sollen erhöht werden. Damit, so die Bürgermeisterin der Gemeinde im Interview, seien drei vorrangige Ziele verbunden: Das Quartier solle grundlegend erneuert werden, um erstens die Lebensqualität der Bewohner zu erhöhen, zweitens neue Bewohner anzuziehen und drittens neue bauliche Investitionen in die Gemeinde zu bringen. Inzwischen sind zahlreiche Maßnahmen abgeschlossen, insbesondere Aufwertungsmaßnahmen des öffentlichen Raums und der Neubau bzw. die Renovierung öffentlicher Einrichtungen. Hinzu kommt ein diversifizierteres Wohnungsangebot, wobei hier insbesondere eine Einfamilienhaussiedlung im Westen der Gemeinde hervorzuheben ist, die im Rahmen des staatlich geförderten Eigentumserwerbs errichtet wurde und mittlere Einkommensgruppen ansprechen soll.

Das Spannungsfeld, das sich aus dieser hier nur grob skizzierten Ausgangssituation für die Bildungspolitik der Gemeinde ergibt, kommt gut in dem folgenden Zitat aus dem Interview mit der Bürgermeisterin der Gemeinde zum Ausdruck:

„Bei uns gibt es eine Diskrepanz, was das Niveau angeht, die Kapazität, so genannte Exzellenz-Bereiche zu erreichen etc. Hier müssen wir ansetzen [...]. Außerdem ist es so: Die normalen Leute werden sich [hier] nicht niederlassen, weil sie den Eindruck haben, dass ihre Kinder hier sehr viel schlechter abschließen als woanders. Und das macht in immenser Weise die Attraktivität eines Gebiets aus.“

In dieser Aussage werden die beiden zentralen Zieldimensionen der lokalen Bildungspolitik deutlich: Dazu gehört zunächst das Ziel der Chancengerechtigkeit und die damit verbundene Absicht, den Bildungserfolg an den lokalen Schulen zu erhöhen. Vor dem Hintergrund der Ausrichtung der Stadterneuerung auf die bauliche Aufwertung des Quartiers und der damit einhergehenden Bestrebungen, die Gemeinde für Besserverdiener interessant zu machen, wird die Qualität der Schulen nun auch verstärkt zum Standortfaktor. Nach Einschätzung der Experten vor Ort werden die lokalen bildungspolitischen Interventionen für den Erfolg der städtebaulichen Aufwertungsmaßnahmen entscheidend sein.

5 Strategien gegen schulische Segregation

Der Kontext der lokalen Bildungspolitik und der bildungspolitische Handlungsspielraum, der sich für französische Kommunen mit einer hohen Konzentration einkommensschwacher

Haushalte ergibt, können sehr gut anhand zweier bildungspolitischer Interventionen und deren Folgen für die Gemeinde veranschaulicht werden. Hier wird zunächst auf die Folgen der Lockerung der *carte scolaire*, der Bindung an festgelegte Schuleinzugsbereiche eingegangen, um dann das Projekt einer neuen Grundschule vorzustellen.

5.1 Lockerung der *carte scolaire*

Die *carte scolaire*, also das Wohnortprinzip bei der Schulwahl, wird in Frankreich schon lange kontrovers diskutiert. Im Jahr 2007 wurde die Regelung für die als *collège* bezeichnete französische Sekundarschule schließlich gelockert. Seither gelten erweiterte Ausnahmeregelungen, die das Ausweichen auf andere Schulen erleichtern sollen, die nicht im unmittelbaren Einzugsgebiet liegen. Mit dieser Lockerung der Regelung war intendiert, ein Mittel gegen Chancenungleichheit an Schulen in benachteiligten Stadtteilen zu schaffen und die zentrale Bedeutung der *mixité sociale* für den individuellen Bildungserfolg zu stärken. Dies unterstreicht der spätere Präsident Sarkozy im Wahlkampf des Jahres 2006 in einem Zeitungsartikel folgendermaßen:

„Es gibt Unterschiede, was den Horizont der Schulen angeht, weil die Schulen in den benachteiligsten Quartieren richtige Ghettos geworden sind. Hier ist der einzige Effekt der carte scolaire, die Kinder, die am meisten Probleme haben, zu konzentrieren, wo es doch eigentlich darum gehen müsste, sie auf andere Stadtteile zu verteilen.“ (SARKOZY 2006).

Nach dem Regierungswechsel wurden mehrere Ausnahmeregelungen verabschiedet, die es insbesondere guten Schülern ermöglichen sollten, in andere schulische Einrichtungen außerhalb des Einzugsgebiets zu wechseln, sofern es deren Kapazitäten zulassen.

Die Folgen dieser Lockerung der *carte scolaire* für die Schulen der Gemeinde werden von den konsultierten Experten einhellig als fatal beurteilt. Fatal vor allem deshalb, weil die größere Wahlfreiheit zu einer massiven Zunahme der schulischen Segregation führte: In der Gemeinde existieren zwei Sekundarschulen, die durch die gelockerten Bestimmungen die besten Schüler zugunsten der Schulen der Nachbargemeinden verloren. So kam es an den Schulen der Gemeinde zu starken Entmischungstendenzen, die insgesamt zu einer Zunahme der schulischen Segregation führten.

Dabei werden in den Expertengesprächen unterschiedliche Motive für die Kritik an der *carte scolaire* deutlich. Kritisiert wurde insbesondere, dass die falschen Zielgruppen von der Maßnahme profitieren würden, wie im folgenden Zitat einer Sozialarbeiterin zum Ausdruck kommt:

„Die Eltern, die ohnehin in der Lage sind, ihre Kinder aufmerksam zu begleiten, das sind doch die, die über die Lockerung der carte scolaire ohnehin andere Lösungen für ihre Kinder finden. Nicht die Kinder, die in schwierigen Familienverhältnissen aufwachsen, profitieren – die sind weiterhin Gefangene des Sektors.“

Die Lockerung der *carte scolaire* wird als kontraproduktiv für aktuelle kommunale Aufwertungsstrategien beurteilt: Insbesondere die Idee, dass mittlere Einkommensgruppen eventuell leichter für den Standort gewonnen werden können, wenn die Möglichkeit einer flexibleren Schulwahl gegeben ist, wird von allen kommunalpolitischen Experten kategorisch abgelehnt. Die Bürgermeisterin bringt das folgendermaßen auf den Punkt:

„Diese Denke, sie können hier bei uns wohnen, aber ihre Kinder müssen nicht auf unsere Schulen, das kann ich nicht unterstützen. Wenn man in einer Stadt lebt, dann gehören alle Strukturen dazu, die Vereine, der Sport, die Kultur... und eben auch die Schulen. Die muss

man attraktiv machen, man muss die Bewohner durch innovative Angebote und Projekte von der Qualität unserer Schulen überzeugen. “

Die Lockerung der Bestimmungen der *carte scolaire* wird von den verantwortlichen Kommunalvertretern nicht als adäquates Mittel zur Attraktivitätssteigerung des Gebiets betrachtet. Vielmehr kommt in den Interviews zum Ausdruck, dass die Akteure der kommunalen Bildungspolitik durch die Maßnahme das Gefühl vermittelt bekommen, dass ihr bildungspolitisches Engagement mit Füßen getreten werde, so wie es im folgenden Zitat einer Beschäftigten in der Gemeindeverwaltung beschrieben wird:

„Wir haben uns zu Beginn gesagt, das bestraft uns, genau das [...], wir haben gesagt, all unsere Bemühungen wurden mit der Abschaffung der carte scolaire ad absurdum geführt.“

Die Kritik der Experten vor Ort deckt sich im Großen und Ganzen mit den Ergebnissen überregionaler Evaluationen (z. B. INSPECTION GÉNÉRALE DE L'ÉDUCATION NATIONALE 2013). Angesichts der einhelligen Kritik an der Lockerung der *carte scolaire* hinsichtlich der Konsequenzen für Schulen in benachteiligten Quartieren wird seit 2015 im Rahmen eines Pilotprojektes in 17 Modellgebieten eine Reform des Verfahrens erprobt (). Durch die Definition von *secteurs multicolleges*, also weiter gefassten Schuleinzugsgebieten mit mehreren Sekundarschulen, die unter einander ein hohes Maß an schulischer Segregation aufweisen, sollen lokale Desegregationsstrategien erprobt und durch wissenschaftliche Begleitung unterstützt werden.

5.2 Ecole élémentaire

Im Folgenden werden die Folgen des Neubaus einer Grundschule diskutiert, die im Rahmen des Stadterneuerungsprogramms errichtet und im Jahr 2008 eröffnet wurde. Das Projekt zielte insbesondere darauf ab, die sozialräumliche Trennung der Gemeinde zwischen dem gutbürgerlichen Dorf und der Großwohnsiedlung durch den Bau einer gemeinsamen Schule zu überwinden. Dadurch sollten zum einen Vorbehalte gegen das Quartier und seine Bewohner entkräftet werden, zum anderen sollten die Bewohner der neuen angrenzenden Einfamilienhaussiedlung, die im westlichen Gemeindegebiet errichtet wurde, für die Schule gewonnen werden.

Der Neubau der Schule stellt in diesem Sinne eine der zentralen kommunalen Desegregationsstrategien dar – im Hinblick auf Prozesse schulischer wie auch sozialer Segregation. Um eine besonders starke Symbolkraft zu erzielen, wurde die Schule nicht, wie ursprünglich geplant, „oben“ im Dorf errichtet, sondern genau auf der Grenze zwischen den beiden Gemeindeteilen. Vorbehalte gegen die lokalen Schulen sollten insbesondere durch die hochwertige Architektur des Baus und durch eine besonders gute Mittel- und Personalausstattung geschwächt werden.

Der Bau der Schule rief starke Proteste in der Gemeinde hervor, insbesondere von Seiten der Eltern im Dorf. Die Verantwortliche für die kommunale Stadtentwicklungspolitik beschreibt dies folgendermaßen:

„Diese Schule hat einen derartigen Hass hervorgerufen, schrecklichen Hass. Wir hatten unzählige Atteste, dass die Kinder schwerwiegende Schäden nehmen würden, wenn sie diese Schule besuchen müssten. Da war auch Angst [...]. Die Idee, das Kind könne nur erfolgreich sein, wenn es ausschließlich im sozialen Milieu der Eltern aufwächst.“

Die Sorge, die Grundschule stehe dem Bildungserfolg der Kinder aufgrund der sozialen Zusammensetzung der Schülerschaft im Wege, führt zur massiven Ablehnung der Schule. In

der Folge konnte die Schule nur durch eine Sondergenehmigung der nationalen Schulbehörde mit sehr kleinen Klassengrößen öffnen; es begann mit insgesamt 50 Schülern, die überwiegend aus dem Quartier stammten. Es gelang kaum, die Bewohner des Dorfes bzw. des angrenzenden Stadterneuerungsgebiets davon zu überzeugen, ihre Kinder hier einzuschulen. Dabei wird in den Expertengesprächen deutlich, dass hier insbesondere die Angst vor der Großwohnsiedlung und deren Bewohnern eine Rolle spielte. Hierzu das Zitat einer Erzieherin:

„Je mehr die Bewohner der ZUS bereit waren, zu kommen, desto absolut weniger wollte die Mittelschicht, oder sogar die Schichten darunter, sie wollte auf keinen Fall. Selbst als ich ihnen gesagt habe, dass das eine sehr schöne Einrichtung ist und dass die Gelder, die zur Verfügung stehen, sehr gut sind. Sie sagten sogar, dass allein der Gedanke, sich der ZUS zu nähern, einige Eltern erschreckt hat.“

Trotz der massiven Proteste, die der Bau der Schule hervorgerufen hat, und der starken Ablehnung der Schule seitens der Eltern aus dem Dorf und aus dem Neubaugebiet wird die Schule von den konsultierten Experten als Erfolgsprojekt kommunaler Bildungspolitik betrachtet. Zunächst, weil mit dem Bauprojekt eine öffentliche Diskussion zum Thema schulischer Segregation in der Gemeinde angestoßen wurde. Der Neubau gilt aber auch deshalb als kommunales Vorzeigeobjekt, weil er eine sehr gut ausgestattete Grundschule in architektonisch hochwertiger Bauweise bietet, von der zum Untersuchungszeitpunkt vor allem die Kinder aus dem Quartier profitieren. Insofern wird die Schule als Beitrag zur Chancengerechtigkeit im Quartier betrachtet. Die Experten halten an der Zielausrichtung der Schule als Desegregationsstrategie fest, wie im folgenden Zitat der Bürgermeisterin zum Ausdruck kommt:

„Gut, das ist kompliziert, aber ich verzweifle nicht. Es ist kompliziert, weil es nicht reicht, ein schönes Gebäude hinzustellen, sehr gute und engagierte Pädagogen zu gewinnen, so ändert man keine Mentalitäten. Die Mentalitäten, die ändern sich langsam.“

Betont wurde insbesondere, dass die massiven Vorbehalte gegen die Schule nur durch längerfristige Vertrauensbildung bei den Eltern, durch persönliche Kontakte und das Sichtbarmachen von ersten Erfolgsgeschichten entkräftet werden können.

6 Ausblick

Das Beispiel der Gemeinde aus der Region Ile-de-France macht deutlich, welche bildungspolitischen Herausforderungen aus der scharfen sozialräumlichen Segregation der französischen Ballungsräume und der aktuellen Ausrichtung der *politique de la ville* resultieren. Das hohe Maß schulischer Segregation und der geringere Bildungserfolg an Schulen in den französischen Großwohnsiedlungen machen es notwendig, dass die Förderung von Bildungsgerechtigkeit an den dortigen Schulen eine zentrale Rolle einnimmt. Gleichzeitig wird die Qualität der lokalen Schulen zu einem immer wichtigeren Standortkriterium für Familien mit mittlerem Einkommen. So bewegt sich die Ausrichtung der kommunalen Bildungspolitik in den französischen *zones urbaines sensibles* im Spannungsfeld zwischen der Förderung von Chancengerechtigkeit und politischen Strategien zur Aufwertung der Gebiete. Beide Bereiche sind in Frankreich traditionell stark vom politischen Handlungsziel der *mixité sociale* geprägt.

Das Leitbild der sozialen Mischung findet eine konzeptionelle Übersetzung in der Annahme von Quartierseffekten. Negative Quartierseffekte auf den Bereich Bildung, Beschäftigung und

Einkommen, die aus Merkmalen des Quartiers im Bereich Ressourcenausstattung, soziale Beziehungen und Symbolik resultieren, können den Einsatz politischer Strategien gegen soziale und schulische Segregation in hohem Maße legitimieren. Dabei kommt die Mehrzahl der europäischen Studien zum Ergebnis, dass negative Effekte benachteiligter Quartiere für den Bereich sozialer Mobilität zwar fast immer nachgewiesen werden können (BUCK 2001; FARWICK 2001; BOLSTER et al. 2004; ANDERSSON u. MUSTERD 2005; GOUX u. MAURIN 2007; ISSEHNANE u. SARI 2010). Ihre Relevanz wird angesichts der vergleichsweise geringeren Bedeutung gegenüber Individual oder Haushaltsmerkmalen allerdings kontrovers diskutiert. Der Forschungsstand zum Thema Quartiereffekte macht insofern deutlich, dass Strategien sozialer Mischung hinsichtlich ihrer empirischen Evidenz und Relevanz durchaus kritisch betrachtet werden können. Zur inhaltlichen und methodischen Weiterentwicklung des Themenfelds wären hier perspektivisch insbesondere ergänzende qualitative Untersuchungen wünschenswert, die die Wirkungsweisen der gemessenen Effekte auf Individualebene nachzuzeichnen vermögen.

Das Fallbeispiel macht einige weitere Grenzen schulischer Desegregationsstrategien deutlich. So zeigt das Beispiel der Lockerung der *carte scolaire*, dass diese zur Verstärkung der Segregation der Schulen im benachteiligten Stadtviertel beiträgt und die am meisten benachteiligten Schüler nicht von der Maßnahme profitieren. Vielmehr sind es die leistungsstärkeren Schüler, deren Eltern von der Maßnahme Gebrauch machen. Diese Ergebnisse decken sich mit Erfahrungen, die in Nordrhein-Westfalen mit der Aufhebung der verbindlichen Grundschulbezirke gemacht wurden (GROOS 2015).

Das Beispiel der untersuchten Grundschule zeigt, dass diese angesichts der starken Stigmatisierung der ZUS und ihrer Bewohner und des geringeren Bildungserfolgs an lokalen Schulen nur schwerlich Akzeptanz bei Eltern aus der Mittelschicht findet. Gefürchtet werden vor allem negative Bildungseffekte, die den schulischen Erfolg der eigenen Kinder beeinträchtigen könnten. So illustriert das Beispiel der Gemeinde aus der Region Ile-de-France zunächst, dass Strategien zur Förderung der sozialen Mischung an Schulen hinsichtlich der starken sozialen und räumlichen Abgrenzungsprozesse der Mittel- und Oberschicht, wie sie bereits von Eric Maurin (2004) beschrieben wurden, an ihre Grenzen stoßen.

Dennoch wird der Bau der Schule in der Gemeinde als geeignetes Mittel zur Bekämpfung negativer Bildungseffekte betrachtet, da sie aufgrund ihrer sehr guten Ausstattung als bedarfs- und zielgruppengerechte Maßnahme bewertet wird. Von den Experten wird davon ausgegangen, dass hierdurch die Qualitätsentwicklung der Schule positiv beeinflusst wird und dadurch längerfristig auch Eltern außerhalb des Quartiers für die Schule gewonnen werden können. Die Frage, ob dies in den inzwischen knapp acht Jahren, die seit der Schulgründung vergangen sind, gelungen ist, stellt einen interessanten Anknüpfungspunkt für weitere Untersuchungen vor Ort dar. Unabhängig vom ihrer Wirksamkeit als kommunale Desegregationsstrategie unterstreicht das Beispiel die Bedeutung von Instrumenten der bedarfsgerechten Ressourcenverteilung an Schulen in sozial benachteiligten Stadtteilen.

Literatur

ANDERSSON, E. u. B. MALMBERG (2013): Contextual effects on educational attainment in individualized Neighborhoods; Differences across Gender and Social Class. Working paper. Stockholm.

ANDERSSON, R. u. S. MUSTERD (2005): Housing Mix, Social Mix, and Social Opportunities. In: Urban Affairs Review, 6, S. 761-790.

ANRU (2014): Aller plus loin. Le nouveau Programme Nationale de Rénovation Urbaine. Documentation, 1-2. Paris.

- ATKINSON, R. u. K. KINTREA (2001): Disentangling Area Effects: Evidence from Deprived and Non-deprived Neighbourhoods. In: *Urban Studies*, 38 (12), S. 2277-2298.
- AVENEL, C. (2005): La mixité dans la ville et dans les grands ensembles. Entre mythe social et instrument politique. In: *Informations sociales*, 25, S. 62-71.
- BOLSTER, A., S. BURGESS, R. JOHNSTON, K. JONES, C. PROPPER u. R. SARKER (2004): *Neighbourhoods, Households and Income Dynamics: A semi-parametric investigation of Neighbourhood Effects*. Bristol. (URL <http://ideas.repec.org/p/cpr/ceprdp/4611.html> mit Zugriff am 17. März 2016).
- BRÄNNSTRÖM, L. (2004): Poor Places, Poor Prospects? Counterfactual Models of Neighbourhood Effects on Social Exclusion in Stockholm, Sweden. In: *Urban Studies*, 41 (13), S. 2515-2537.
- BUCK, N. (2000): Identifying Neighbourhood Effects on Social Exclusion. In: *Urban Studies*, 38 (12), S. 2251-2275.
- CALLIES, O. (2003): *Nachbarschaft als Abseitsfalle? Junge Arbeitslose und ihr Wohnviertel*. Hamburg.
- CHANAL, M. u. M. UHRY (2004): Contre la mixité sociale. In: *Territoires*, 450, S. 29-31.
- COUPPIE, T. u. C. GASQUET (2011): Les jeunes des ZUS inégalement pénalisés au moment de l'insertion. In: *Cereq Net doc*, 79, o.S.
- DARIAU, V., M. HENRY u. N. OSWALT (2014): *Politique de la ville en France métropolitaine. Une nouvelle géographie recentrée sur 1300 quartiers prioritaires*. Paris.
- ELLEN, I. u. M. TURNER (1997): Does neighborhood matter? Assesing recent evidence. In: *Housing policy debate*, 8 (4), S. 833-866.
- FARWICK, A. (2001): *Segregierte Armut in der Stadt: Ursachen und soziale Folgen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern*. Opladen.
- FONDATION ABBÉ PIERRE (2011): *Seizième rapport sur l'état du mal logement en France*. Paris.
- FRIEDRICH, J. u. J. BLASIUS (2000): *Leben in benachteiligten Wohngebieten*. Opladen.
- GALSTER, G., R. ANDERSSON u. S. MUSTERD (2010): Who is affected by neighbourhood income mix? Gender, age, family, employment and income differences. In: *Urban Studies*, 47 (14), S. 2915-2944.
- GEBHARDT, D. (2000): *Gefährlich fremde Orte -Ghetto-Diskurse in Berlin und Marseille*. Diplomarbeit. Geographisches Institut der Humboldt-Universität zu Berlin.
- GIBLIN, B. (2009): *Dictionnaire des banlieues*. Paris.
- GOUX, D. u. E. MAURIN (2007): Close Neighbours Matter: Neighbourhood Effects on Early Performance at School. In: *Economic Journal*, Royal Economic Society, 117 (523), S. 1193-1215.
- GROOS, T. (2015): Gleich und gleich gesellt sich gern. Zu den Folgen freier Grundschulwahl. In: Bertelsmann Stiftung: *Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung*, „Kein Kind zurücklassen!“ Werkstattbericht. Gütersloh.
- HÄUBERMANN, H. u. W. SIEBEL (2004): *Stadtsoziologie. Eine Einführung*. Frankfurt/New York.
- INSPECTION GENERALE DE L'EDUCATION NATIONALE (2013): *Conséquences des mesures de l'assouplissement de la carte scolaire*. Rapport, Paris.

- ISSEHNANE, S. u. F. SARI (2010): Effets contextuels et effets de pairs: Quelles conséquences sur la réussite scolaire? Document de Travail, no. 125, CEE.
- JAHNKE, H. (2014): Bildung und Wissen. In: LOSSAU, J., T. FREYTAG u. R. LIPPUNER (Hrsg.): Schlüsselbegriffe der Kultur- und Sozialgeographie. Stuttgart, S. 153-166.
- JENCKS, C. u. S. MAYER (1990): The Social Consequences of Growing Up in a Poor Neighborhood. In: LYNN, L. Jr. u. M. G. H. MC GEARY (Hrsg.): Inner City Poverty in the United States, Washington, D.C., S. 85-111.
- KATZ, L. F., J. R. KLING u. J. B. LIEBMAN (2001): Moving to Opportunity in Boston: early Results of a Randomized Mobility Experiment. In: Quarterly Journal of Economics, May, S. 601-654.
- LACHARME, B. (2009): Augmentation des coûts du logement et ségrégation urbaine. In: Informations sociales, 155, S. 100-101.
- LEVENTHAL, T. u. J. BROOKS-GUNN (2003): The Early Impacts of Moving to Opportunity on Children and Youth in New York City. Washington, DC.
- LIENEMANN, N. (2011): Bilan et perspectives du Programme national de renouvellement urbain (action de l'ANRU). In: Les éditions des Journaux Officiels, 9, S. 1-180.
- MAURIN, E. (2004): Le ghetto français. Enquête sur le séparatisme social. Paris.
- MUSTERD, S., W. OSTENDORF u. S. DE VOS (2003): Neighbourhood effects and social mobility: a longitudinal analysis. In: Housing Studies, 18 (6), S. 877-892.
- NIESZERY, A. (2015): Soziale Segregation, Quartierspolitik und Quartierseffekte. Ein deutsch-französischer Vergleich. Doktorarbeit am Geographischen Institut der Humboldt-Universität zu Berlin. Elektronische Schriften der HU. Berlin.
- ONZUS (2014): Rapport 2014 de l'Observatoire national des zones urbaines sensibles (ONZUS). Paris.
- PREFECTURE DES YVELINES (2007): Contrat urbain de cohésion sociale de Chanteloup-les-Vignes 2007-2009, 1-62.
- ROSENBAUM, J., L. REYNOLDS u. S. DELUCA (2002): How Do Places matter? The Geographie of Opportunity, Self-efficacy and a look inside the Black Box of Residential Mobility. In: Housing Studies, 17 (1), S. 71-82.
- SARI, F. u. O. CALAVREZO (2009): From Unemployment To Work: An Econometric Analysis With Spatial Constraints. In: International Journal for Quality research, 3 (1), S. 85-112.
- SARKOZY, N. (2006): La carte scolaire est devenue l'instrument de la ségrégation sociale. In: Le Monde, 16.09.2006.
- SCHNUR, O. (2003): Lokales Sozialkapital für die "soziale Stadt" - Politische Geographien sozialer Quartiersentwicklung am Beispiel Berlin-Moabit. Opladen.
- STEBE, J.-M. (1999): La crise des banlieues. Paris.
- SYKES, B. u. H. KUYPER (2009): Neighbourhood effects on youth educational achievement in the Netherlands: Can effects be identified and do they vary by student background characteristics? In: Environment and Planning A, 41, S. 2417-24336.
- TELLIER, T. (2007): Le temps des HLM 1945 – 1975. La saga urbaine des Trente Glorieuse. Paris.
- VIEILLARD-BARON, H. (2009): Les Banlieues. Des singularités françaises aux réalités mondiales. Paris.

WEBER, F., G. GLASZE u. H. VIEILLARD-BARON (2012): Krise der banlieues und die politique de la ville in Frankreich. In: Geographische Rundschau, 6, S. 50-56.

WILSON, W. J. (1987): The truly disadvantaged. Chicago, London: The University of Chicago Press.

WITZEL, A. (2000): Das problemzentrierte Leitfadeninterview. In: Forum Qualitative Sozialforschung, 1, S. 22.